BTW-83 Mali Conrad Stötzel

Tagesordnungspunkt: BTW Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl 2021

Selbstvorstellung



Alter:
21

Geschlecht:
männlich

Kreisverband:
Duisburg

Bezirksverband:
Ruhr

Mailadresse (optional):
mali.stoetzel@gj-nrw.de

Instagram (optional):
myfuckinglife_is_magnificent

Liebe Freund*innen,

Das „weiter-so“ der Union ist schon lange nicht mehr haltbar.

Ende Gelände, FFF haben die letzten Jahre deutlich gemacht wo wir stehen und was zu tun ist. Kohlestrom bis 2038 und noch ein neues Kohlekraftwerk ans Netz zu nehmen, ist die falsche Richtung. Anstatt die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die Zukunftsängste meiner und mir folgender Generationen ernst zu nehmen, reagieren Regierungspolitiker*innen ignorant und blind.

Die kommende Regierung muss die Forderungen der Klimaaktivist*innen ins Parlament bringen und in die Tat umsetzten, um unserer Verantwortung im weltweitem Kampf gegen die Klimakrise gerecht zu werden.

Queere Sichtbarkeit kann Leben retten.

Wenn in den Schulen noch immer nicht von mehr als einer Sexualität berichtet wird und trans* Kinder und Jugendliche wie ein Tabuthema aus dem Sport rausgehalten werden, sind Vorbilder besonders für junge Menschen wichtig. Der Lebensalltag von Menschen der LGBTQ* Community ist mit struktureller Diskriminierung verknüpft und die Hassverbrechen mit queerphoben Motiven nehmen seid den letzten Jahren stark zu.

Es ist Aufgabe des Staates die Menschen zu schützen und so auch der unausweichliche Auftrag der nächsten Regierung der Gewalt und Diskriminierung gegenüber der LGBTQ* Community entgegen zu wirken. Das heißt unter anderem ein Aktionsplan gegen Queerfeindlichkeit und ein echtes Selbstbestimmungsgesetz für trans* Menschen.

Dem Patriarchat gehört der Kampf angesagt.

Der feministische Kampf ist heute lauter wie nie zuvor und trotzdem kann von Geschlechtergerechtigkeit noch keine Rede sein. Die §218 und §219a sind das Gegenteil von Entscheidungsfreiheit und körperlicher Selbstbestimmung.

Für echte feministische Politik muss die kommende Regierung dafür sorgen, dass §218 und §219a aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden. Besonders der feministische Kampf muss intersektional gedacht werden und deswegen ist Teil davon, Rassismus als strukturelles Problem zu bekämpfen.

Euer Mali Conrad

Über mich: Politikwissenschaftsstudent und Beisitzer im Landesvorstand der Grünen Jugend NRW.

Ich kandidiere auf einen hinteren Listenplatz, weil auch auf den nicht so aussichtsreichen Plätzen, ein junges queeres FINTA (Frauen, inter-, trans*-, nicht-binäre-, agender Personen) Angebot nicht fehlen darf.